Nr. 54a
XXXIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
31. Januar 1904

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

7. Sitzung vom 30. Januar, 11 Uhr.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Abg. **Brömel** (fr. Vg.):

Die Herren von der Rechten sagten, sie wollten künftighin ganz friedlich vorgehen; sie tun aber das Gegenteil und zwingen uns dadurch, zu antworten. Die Notlage der Landwirtschaft selbst habe ich nie bestritten, daß sie aber so schlecht sei, wie die Herren von der Rechten behaupten, bestreite ich nach wie vor; das beweist auch die Abnahme der Zahl der Zwangsversteigerungen.

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski:**

Es sind hier viele Fragen gestreift, auf die ich nicht eingehen kann, weil sie nicht zu meinem Ressort gehören. In der polnischen Frage würde mancher wohl anders denken, wenn er die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen würde. Die Nachweisungen über die Einnahmen aus den Verpachtungen sind hier zur Grundlage der Besprechung gemacht. Ich möchte konstatieren, daß diese Nachweisungen lediglich kalkulatorischer Natur sind, also sehr vorsichtig benutzt werden müssen. Ich führe nur ein Beispiel an, um zu zeigen, wie notwendig das ist. Der Domäne in Bromberg ist der gesamte schlechte Grund und Boden genommen, natürlich hat die Domäne jetzt eine höhere Durchschnittseinnahme pro Hektar erzielt. Das ist aus der Aufstellung aber nicht ersichtlich. Wohl aber ergibt die Beilage mit ihren Ausführungsbemerkungen den schlagenden Beweis dafür, daß die Domänenverwaltung nur unter großen Schwierigkeiten eine Verpachtung der Domänen durchzuführen vermag. Das ist doch ein Beweis für die schlechte Lage der Landwirtschaft. Der Abg. Brömel hat anerkannt, daß es der Landwirtschaft nicht gut geht. Ja, meine Herren, wenn man solche Erkenntnis als leitender Mann in der inneren Politik hat, so muß man als guter Doktor auch das kranke Kind wieder gesund machen. Dazu wollen die Herren aber nicht die Hand bieten, sondern sie verschleiern das Krankenbild, sie bestreiten vor allem den Satz, daß die preußische Landwirtschaft zur Zeit nicht rentabel ist. Am allermeisten leiden Not die Allerkleinsten (Heiterkeit), diese Leute sind am allerschlimmsten daran. (Heiterkeit.) Graf v. Spee bedauert die Zunahme des Domänenbesitzes, ich meine aber, daß wir wenigstens im Osten Domänen haben müssen, in denen die kleineren Landwirte lernen können. Mit der Domäne Schlanstedt haben wir ja einen sehr interessanten Versuch gemacht. Dort liegen aber auch die Verhältnisse für einen solchen Versuch besonders günstig, weil der dortige Pächter seit Jahrzehnten Bücher geführt hatte. Andererseits kommt dort freilich auch Fabrikbetrieb in Frage. Immerhin soll das nur ein Versuch sein, aber es ist möglich, daß wir auf diesem Wege zu einer anderen Verpachtungsart mit der Zeit kommen. Die Moorkanäle müssen noch besser ausgestaltet werden. Sobald die Finanzverwaltung uns die Mittel dazu zur Verfügung stellt, wird die Landwirtschaftsverwaltung die Arbeiten dazu in Angriff nehmen. (Beifall rechts.) Was die Kalklager betrifft, so wird die Landwirtschaftsverwaltung, soweit Mergellager auf ihrem Gebiete vorhanden sind, den Landwirten gern entgegenkommen. Große Kalklager aber auszubeuten, ist Sache des Privatunternehmens, nicht des Staates. Dabei möchte ich auch noch bemerken, daß ein alter landwirtschaftlicher Grundsatz lautet: Der Kalk macht reiche Väter, aber arme Söhne. Ich werde versuchen, ob sich in der Gegend von Deutsch-Krone, für die der Abg. Gamp besonders eintrat, etwas für die Landwirtschaft tun läßt. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **Praschma** (Ctr.):

Dem Abg. Brömel gegenüber möchte ich noch feststellen, daß in meiner Gegend Wirtschaften vorhanden sind, die mit über 600 Mark pro Morgen verschuldet sind. Im übrigen konstatiere ich aus seinen Ausführungen, daß die Landwirtschaft sich viel schlechter als das mobile Kapital verzinst.

Abg. **Funk** (fr. Vp.):

Die Ausführungen des Abg. Gamp über die ländlichen Fortbildungsschulen haben mich sehr überrascht, ich bedauere sie in seinem Interesse, denn dadurch gibt er sich den Anschein der Bildungsfeindlichkeit. Ich freue mich, daß dieser Standpunkt selbst von seinen Freunden nicht geteilt wird.

Abg. **v. Keßel** (kons.):

Auf den Wert der ländlichen Fortbildungsschulen können wir bei der zweiten Beratung des hessen-nassauischen Fortbildungsschulwesens zurückkommen. Ich will nur jetzt schon darauf hinweisen, daß gerade dort das Fortbildungsschulwesen sich auf die konservativen Kreise in der Provinz aufbaut.

Abg. **Engelsmann** (natl.)

spricht seine Freude darüber aus, daß der Staat seinen Domanialbesitz an Weinbergen vergrößert und Musterverwaltungen geschaffen habe. So werde es auch möglich sein, den Sauerwurm erfolgreich zu bekämpfen.

Abg. Dr. **Lahlem** (Ctr.)

klagt über unglückselige Verhältnisse in der Abtei Eberbach. Das fiskalische Weinbaugebiet sei schon viel zu groß, sodaß dadurch Beunruhigung in der Bevölkerung entstanden sei.

Abg. Dr. **Lotichius** (natl.)

(schwer verständlich) spricht auch die Ansicht aus, daß von der Regierung für die Abtei Eberbach etwas getan werden müsse.

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski:**

Die Vermehrung des fiskalischen Weinbaugebietes ist nur eine sehr geringe. Für die Abtei Eberbach werden wir nicht gut etwas tun können, da die Klagen, welche aus der Gegend gekommen sind, im wesentlichen nur bezwecken, daß das Zuchthaus von dort verlegt werde. Dafür aber sind nicht wir zuständig, sondern die Justizverwaltung. Durch Zusammenlegung und Austausch haben wir schon getan, was in unseren Kräften stand, um das fiskalische Gebiet abzurunden. Den Sauerwurm hoffen wir auch fernerhin mit Erfolg bekämpfen zu können.

Ministerialdirektor **Thiel:**

Die Landwirtschaftsverwaltung hat keineswegs das Bestreben, den Domanialbesitz zu vergrößern. (Redner verliest eine größere Anzahl Zahlenangaben über die Vermehrung des Domanialbesitzes in den letzten Jahren.) Im ganzen haben wir an der Saar nur 110 Hektar fiskalisches Weinbauland. Da kann man doch nicht davon sprechen, daß durch die Anschaffung von Weinbergen seitens des Staates eine Beunruhigung der Bevölkerung herbeigeführt werde.

Als Titel „Mineralbrunnen und Badeanstalten" sind 2.417,000 Mark eingestellt. Eine Petition mehrerer Gemeinden aus den Kreisen Limburg, Oberlahn und Usingen fordert, daß der Staat den Betrieb der Brunnen in Niederselters wieder in eigene Regie übernehme und den Gemeinden während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages wieder der Haustrunk gewährt werde. Der Berichterstatter der Kommission beantragt, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. **Cahensly** (Ctr.)

spricht im Sinne der Petition. Wie der Staat Kohlenbergwerke verwalten könne, könne er auch Mineralbrunnen verwalten.

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski:**

Ich glaube, daß irgend jemand im Hinterzimmer diese Sache bearbeitet. (Heiterkeit.) Nach meiner Ansicht wäre es zunächst Sache der Gemeinden, sich mit dieser Frage zu beschäftigen; erst dann sollte man zu uns kommen. Als diese Sache in der Kommission besprochen wurde, habe ich sofort telegraphiert, aber noch keine zuverlässige Nachricht erhalten, weil die Frage eben noch nicht genügend geklärt ist. Ich bitte daher, diese Frage doch jetzt auszuschalten und der Verwaltung selbst die Möglichkeit zu geben, die Sache zu prüfen. Ich habe ja an und für sich keinen Grund, den Gemeindemitgliedern das Wasser vorzuenthalten wo es überschüssig ist, aber wir können den Leuten natürlich nur das Wasser geben, wenn sie es wirklich zum Hausgebrauch verwenden. Servitutenstreitigkeiten sind immer sehr schwierig. Zudem haben wir erst kurz vor der letzten Verpachtung einen Prozeß gewonnen gegen die Gemeinde Niederselters. Die Entscheidung ging dahin, daß die Gemeinde kein Recht habe. Das kommt daher, daß nach aller nassauischer Polizeiverordnung die Gemeinden nicht berechtigt sind, Quellen anzulegen. Es ist hier übrigens auch ein gutes Bild. Die Gemeinde Oberselters verpachtet einen Brunnen, und nachher macht sie Anspruch auf den Haustrunk! Nun sieht der Herr Abg. Cahensly einen Vergleich mit dem Kohlenbergbau. Meine Herren! Der Vergleich stimmt nicht. Die Kohlen verbrauchen wir selbst, aber Sie können doch nicht verlangen, daß wir das Wasser selbst austrinken. (Große Heiterkeit.) (Abg. **Cahensly** ruft: Aber für die leidende Menschheit!) Ja, schließlich können Sie auch noch verlangen, daß wir der leidenden Menschheit das Wasser umsonst hintragen. Die Firma Siemens, welche den Brunnen gepachtet hat, muß ich gegen die Angriffe, die gegen sie gerichtet sind, in Schutz nehmen. Es ist gesagt worden, der Kommunalandtag in Hessen-Nassau habe gegen die königlichen Behörden eine Untersuchung eingeleitet. Eine solche Untersuchung gegen eine königliche Behörde ist ja etwas sehr Interessantes. Ich behalte mir vor, dazu noch Stellung zu nehmen.

Abg. Dr. **Lahlem** (Ctr.):

Die Firma Siemens hat gar keinen Grund, pikiert zu tun. Hier handelt es sich garnicht um den Rechtsstandpunkt, denn die Gemeinden verlangen nur das Wasser, welches abfließt. Der Preis des Wassers ist jetzt jedenfalls um 100 Prozent gestiegen. Die Firma hat dem Staate nicht etwa einen besonderen Gefallen damit getan, daß sie die Brunnen übernahm, sondern sie hat die Brunnen zu einem sehr niedrigen Satz bekommen.

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski:**

Der Vorredner zwingt mich geradezu, als Vertreter der Firma Siemens aufzutreten. Als wir den Brunnen verpachteten, war unsere Mineralwasserfabrikation noch in den Kinderschuhen. Das ist doch aber jetzt anders, jetzt ist die Konkurrenz sehr groß, ich nenne nur den Namen „Apollinaris". Die Firma hat sich da doch sehr wehren müssen. Welche Vorwürfe macht man nun der Firma? Man wirft ihr vor, daß sie keine Krüge mehr verwendet, sondern Flaschen. Das ist doch ganz berechtigt, weil jetzt viel versandt wird. Durch die Verwendung dieser Flaschen wird doch der Preis des Wassers geringer. Daß der Preis in Nassau jetzt fast ebenso hoch ist wie in Berlin, kann man der Firma doch nicht zum Vorwurf machen. Ich habe mich bemüht, die Wünsche der Bevölkerung zur Durchführung zu bringen, nachdem aber gegen die Firma so heftige Angriffe gerichtet sind, wird mir das doch wohl nicht möglich sein. Ein gleichmäßiger Preis wirft an und für sich jedenfalls günstig, wie ja auch der jetzige Spiritusmarkt zeigt. Bringen Sie doch Ihre Beschuldigungen gegen die Firma in der Oeffentlichkeit vor, dann kann die Oeffentlichkeit entscheiden!

Auf Antrag des Abg. Cahensly (Ctr.) werden der Titel und die Petition an die Kommission zurückverwiesen.

Die dauernden Ausgaben werden bewilligt.

Bei den einmaligen Ausgaben Titel „450.000 Mark zum Ankauf von Wiesenflächen im Gebiet des linksseitigen unteren Warthebruchs bei Küstrin" bemerkt der

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski:**

Ich halte den Ankauf dieser Wiesen im Interesse der Besitzer der Wiesen für dringend nötig. Der Preis, den wir eingesetzt haben, ist ein durchaus angemessener. Bisher haben die Besitzer das Risiko getragen, jetzt übernehmen wir es. Ich habe zunächst schwere Bedenken dagegen gehabt, an der unteren Warthe große Deiche aufführen zu lassen, weil dadurch die Anlieger an der Oder bei einem Hochwasser geschädigt würden, weil dann das Wasser aus der Warthe direkt in die Oder gedrängt würde. Ich hoffe, daß das hohe Haus mir diesen Betrag bewilligt, und daß wir dann noch später für die Wiesenbesitzer an der Oder etwas tun können.

Der Titel und damit der ganze Etat der Domänenverwaltung wird bewilligt.

Es folgt die Beratung des Forstetats.

Bei den Einnahmen spricht

Abg. Graf **Praschma** (Ctr.)

den Wunsch aus, daß die Forstbeamten wenigstens im Sommer Schutzprämien für die Tötung von Raubzeug und besonders Füchsen erhielten.

Abg. **Werner** (Antis.)

bringt Beschwerden über die Abgabe von Nutzholz zur Sprache.

Oberlandforstmeister **Wesener:**

Wenn der Vorredner die Beschwerden im einzelnen zu meiner Kenntnis bringt, werden wir sie gern abstellen.

Der Präsident ruft eine größere Anzahl von Abgeordneten auf, die aber sämtlich nicht anwesend sind, da sie wegen der vorgerückten Zeit (4 Uhr) angenommen hatten, daß der Forstetat nicht mehr zur Verhandlung kommen werde. Aus dem Hause erschallt fortgesetzt der Ruf: Vertagen! Vertagen!

Präsident **v. Kröcher** erklärt aber:

Es ist noch nicht 4 Uhr durch. (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. **v. Bodenhausen** (kons.)

bittet, bei den Auktionen auch kleinere Lose zu machen, damit auch Private bei diesen Auktionen kaufen könnten.

Abg. **Wolff-Metternich** (Ctr., schwer verständlich)

bespricht die Frage des Quebrachozolles. Deutschland müsse bei seinen Verträgen einen möglichst hohen Zoll für ausländische Gerbstoffe zu erhalten suchen.

Abg. **v. Savigny** (Ctr.):

Die höheren Forstbeamten wünschen, daß sie für ihre Schreibgeschäfte bessere Unterstützung erhalten. Die jetzige Einrichtung des Forstsekretärs genügt nicht. Ich bedauere die Erklärung des Ministers, daß er nicht mehr zulassen wolle, daß Forstbeamte für den Dienst der Kommunen beurlaubt werden. Redner bespricht eingehend die Tätigkeit der Beamten in den Privatforsten.

Präsident **v. Kröcher** (unterbrechend):

Die Privatforsten gehören aber nicht hierher.

Abg. **v. Savigny** (fortfahrend):

Herr Präsident! Sie haben wohl meinem Gedankengang nicht recht folgen können. (Große Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß es Männer geben wird, die sich lediglich für den Staatsdienst ausbilden wollen. Deshalb darf der Minister seine Worte nicht zur Durchführung bringen.

Oberlandforstmeister **Wesener:**

Der Minister entzieht sich nicht der Verpflichtung, junge Leute für den Kommunaldienst und Privatdienst auszubilden. Es ist aber jetzt nicht möglich, bei der beschränkten Zahl Assessoren hierfür zu beurlauben. Ich benutze auch die Gelegenheit, mich dagegen auszusprechen, daß diese Assessoren für den Privatdienst irgendwie Assessoren zweiter Klasse seien. Sie sind durchaus vollwertige Assessoren, für den Privat- und Kommunaldienst sind noch genügend vorhanden. Wir haben noch 2000 geprüfte Anwärter, und diese werden stets gern beurlaubt.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Dr. Lotichius (natl.) vertagt sich das Haus auf Montag, 11 Uhr (Etat der Forstverwaltung und der landwirtschaftlichen Verwaltung).

Schluß 4¼ Uhr.

Deutscher Reichstag

22. Sitzung vom 30. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Graf v. Posadowsky.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung bei sehr schwach besuchtem Hause.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Abgg. Trimborn und Dr. Hitze (Ctr.) und Genossen über die Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine und die Errichtung von Arbeitskammern.

Dr. Graf v. **Posadowsky**

erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation namens der verbündeten Regierungen bereit.

Zur Begründung führt

Abg. **Trimborn** (Ctr.)

aus: Unsere sozialpolitische Reformbewegung befindet sich in einem kritischen Moment. Auf weite Kreise hat es einen günstigen Eindruck gemacht, daß die Kronrede die Fortsetzung der in den Kaisererlassen angekündigten Sozialreform befürwortet; aber eine rechte Befriedigung gewährt sie nicht. Man darf jetzt vielleicht hoffen, daß die gesetzliche Festlegung des Zehnstundentages erfolgen wird, daß die Wünsche der Privatbeamten Berücksichtigung finden, und daß man vielleicht an eine Arbeitslosenversicherung denken kann. Aber über den springenden Punkt läßt uns die Thronrede im Unklaren. Hier setzt unsere Interpellation ein. Sie will volle Klarheit schaffen, wie es steht. Der Frankfurter Arbeiterkongreß hat uns gezeigt, daß ähnlich wie der sozialdemokratischen Parteiorganisation eine an Zahl ihr gewachsene Arbeiterschaft steht, der man den Vorwurf der Staatsfeindlichkeit nicht machen kann. Dieser Arbeiterkongreß hat die großen Bestrebungen der deutschen Arbeiterschaft zusammengefaßt in die Forderung der Sicherung und des Ausbaues des Koalitionsrechtes, des freien Vereins- und Versammlungsrechts, der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine und der Errichtung von paritätischen Arbeitskammern. Diese Forderungen den staatlichen Arbeiter sind durchaus berechtigt. Wir werden alles tun, um an ihrer Erfüllung mitzuarbeiten. Stößt man diese Arbeiter zurück, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie sich von den bürgerlichen Parteien loslösen und ins sozialdemokratische Lager übergehen. Das darf aber nicht geschehen. Die Bewilligung der Forderungen der Arbeiter entspricht also auch der politischen Klugheit. Wir haben die Notwendigkeit des freien Koalitionsrechtes und Organisationsrechtes stets betont, mit einer Schranke, die die öffentliche Sicherheit festsetzt. Mit der Politik des freien Koalitionsrechtes muß zusammen eintreten die Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes; auch dieses Recht muß einheitlich und freiheitlich ausgebaut werden. Die Arbeiter, die nicht unter die Gewerbeordnung fallen, entbehren jetzt des Schutzes, der den Arbeitern im Rahmen der Gewerbeordnung zukommt. Es ist doch ein Unding, daß die sozialpolitischen Vereine der Landesgesetzgebung unterworfen sind, wenn man bedenkt, wie es mit dieser Landesgesetzgebung steht. In manchen Ländern ist das Vereinsrecht geradezu ein Nährboden für polizeiliche Eingriffe. Ich erinnere daran, daß die Mitgliedschaft von Frauen in sozialpolitischen Vereinen verboten ist. Damit ist aber die Arbeiterin sozialpolitisch unmündig gemacht. Die ganze Materie muß der Reichsgesetzgebung überlassen werden, damit der sozialpolitischen Bewegung Licht und Luft wird. Aber die Reichsregierung sollte darüber hinausgehen und ein freiheitliches Koalitionsrecht schaffen. Welche Bedenken hat es denn, die Freiheiten, die die Süddeutschen seit Jahrzehnten haben, auch den Norddeutschen zu gewähren? Der Reichskanzler braucht nur ernstlich zu wollen. Wo sein, des Reichskanzlers, Wille ist, wird auch ein Weg sein. Der Reichskanzler braucht nur einmal ein Wort mit dem preußischen Ministerpräsidenten zu sprechen (Sehr gut! im Centrum), um Preußen für diesen Gedanken zu gewinnen. Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine ist ja ein Schmerzenskind der Regierung. (Der Redner verweist auf die verschiedenen Anträge in früheren Tagungen und legt dann die Nachteile des bestehenden Zustandes für die Vereine und deren Bestrebungen dar.) Die Sozialdemokratie bringt diesen Forderungen garnicht so viel Interesse entgegen. (Oh! bei den Sozialdemokraten.) Es sind vornehmlich die Arbeiter, die vaterländisch gesinnt sind, die auf die Verleihung der Rechtsfähigkeit Wert legen. Die Erfüllung der Forderung, die wir heute wieder erheben, ist in den Dezembererlassen des Kaisers zugesichert, seit Jahr und Tag wird von allen Parteien hier im Hause auf die Einlösung des Versprechens gedrängt, es wäre jetzt aber Zeit, daß die Regierung Ernst macht. Wir halten diese Frage für so wichtig, daß wir, abweichend von dem üblichen Wege, die Form der Interpellation gewählt haben. Was den zweiten Teil betrifft, so treten wir für die Schaffung von Arbeitskammern, nicht Arbeiterkammern, ein. Die Arbeitskammern wären an die Gewerbegerichte anzugliedern. Sie würden lokal organisiert und dann unter eine Kreisorganisation zusammengefaßt. Die Arbeitskammern hätten in erster Linie zu prüfen, ob die Klagen der Sozialdemokratie richtig sind, ob die Lohnverhältnisse sich gebessert oder verschlechtert haben, und Hunderte anderer Fragen könnten hier eine sachliche und erschöpfende Antwort finden. Sie könnte zur wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Hebung der Arbeiter beitragen und ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeiter und Unternehmer anbahnen. Manche Streitigkeiten zwischen beiden könnten noch vor dem offenen Ausbruch des Zwistes beigelegt werden. Aber auch die Regierung müßte die Mitarbeit der Arbeitskammern in Anspruch nehmen und ihnen Gesetzentwürfe sozialer Natur zur Begutachtung vorlegen. Dadurch würde den Arbeitskammern ein Teil der Verantwortung aufgelegt. Ich will damit nicht gesagt haben, daß die Arbeitskammern der sozialpolitischen Weisheit letzter Schluß sind. Ich verweise auf Holland, wo seit 1898 Arbeitskammern bestehen. Man hat dort nicht die gute Organisation der Arbeiter, die wir bei uns kennen, und doch haben die Kammern in vielen Fällen segensreich gewirkt. Wenn man gegen die Arbeitskammern vorbringt, die Sozialdemokratie stehe sich darin einmüssen, so weise ich darauf hin, daß die Verhältniswahl dem einen Riegel vorschieben kann. Die Arbeitskammern sind paritätisch gedacht, und schon die gemeinsame Arbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern schient mir diese Befürchtung zu entkräften. Der Gedanke der Arbeitskammern ist im Laufe der Jahre immer siegreicher vorgedrungen. In einer Reihe von Einzelstaaten — Hessen, Württemberg, Baden, Lübeck — sind bereits Anträge auf Errichtung von Arbeitskammern gestellt worden. Die Konservativen haben so oft den Gedanken ausgesprochen, man müsse mit der Schaffung von Sonderorganisationen einhalten und Organisationen schaffen, in denen alle Beteiligten sitzen, daß ich nicht glauben kann, daß diese Erleuchtung nur einzelnen dieser Herren gekommen ist. Wird endlich die Sonne aufgehen? Werden endlich die Regierungen mitten in die Arbeiter hineintreten und den Berg der Entfremdung zwischen sich und der Arbeiterschaft abtragen? Ich sehe der Antwort der Regierung mit Spannung entgegen. In der Interpellation steht das Wörtchen „nunmehr". Es erinnert an vierzehn vergangene Jahre, seit denen wir die Arbeitskammern ertrömpfen, es klingt aber auch an die Hoffnungsfreudigkeit leise an, daß nunmehr die Erfüllung der kaiserlichen Zusage erfolgt. Darf ich erinnern an die Worte des Reichskanzlers am 20. Januar 1903 in diesem Hause: Der Kaiser ist durchdrungen von der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den anderen Erwerbsständen. Nun wohl! Treten Sie entschlossen an die praktische Verwirklichung heran! Wir erwarten eine große Tat, kein Flickwerk. Treiben Sie hinaus auf die hohe See, in das Fahrwasser der Freiheit! Dort gibt

es Seekrankheit, gewiß (Heiterkeit), aber auch die frische Luft der Freiheit, die stärkt und gesund macht. Mit Volldampf voraus! (Lebhafter Beifall im Centrum.)

(Es folgt nunmehr die bereits im Abendblatt wörtlich wiedergegebene Antwort des Staatssekretärs Grafen v. Posadowsky.)

Auf Antrag des Abg. Gröber (Ctr.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. **Legien** (soz.):

Die Regierung hat eine Erklärung abgegeben, die nach keiner Richtung hin bindet und den Zeitpunkt des gesetzlichen Eingreifens völlig unbestimmt läßt. Dabei handelt es sich keineswegs um einen Sprung ins Dunkele, denn andere Staaten haben uns den Weg gezeigt. Die Arbeiterschaft hat wenig Vertrauen, daß eine Gesetzgebung, die etwa von den Mehrheitsparteien und der Reichsregierung ausgearbeitet wird, ihren Wünschen gerecht wird. Auf den Wortlaut der Gesetze kommt es ja auch garnicht an, sondern auf die Verwaltung. Käme es auf den Wortlaut der Gesetze an, so stünden wir in der Koalitionsfreiheit an der Spitze aller Länder, denn der § 152 der Gewerbeordnung gibt uns die weiteste Freiheit. Aber der Gesetzgeber hat nicht an die reaktionären Vereinsgesetzbestimmungen gedacht, die die Arbeiter in ihrem Bestreben, ihre Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen zu bessern, allenthalben binden. Ich halte ja die Anwendung solcher Vereinsgesetzbestimmungen auf die Berufsvereine für eine Ungesetzlichkeit, aber die Gerichte haben anders gesprochen, und damit wird der § 152 wieder aufgehoben. Wir haben kein Koalitionsrecht auf gesetzlicher Grundlage, sondern ein Koalitionsrecht, abhängig von guten Willen der Polizeibehörden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Verbot der Verbindung verschiedener politischer Vereine ist ja gefallen unter dem Drucke, der bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches auf den Reichskanzler ausgeübt wurde. Aber das Verbot der Mitgliedschaft der Arbeiterinnen besteht immer noch. Gerade aber die Krimmitschauer Vorgänge haben gezeigt, daß auch die Arbeiterinnen in die Gewerkvereine hineingehören. Das Reich soll doch einmal den Artikel 4 der Reichsverfassung in die Wirklichkeit umsetzen und ein Reichsvereinsgesetz schaffen. Es will uns überhaupt zweifelhaft erschienen, ob die Einzelstaaten das Recht haben, diese Materie jetzt noch neu zu regeln, wie es Preußen beabsichtigt. Ich hoffe, die Tatsachen werden die christlichen Gewerkschaften in unsere Reihen bringen. Der Frankfurter Kongreß hat übrigens auch die Ausdehnung des Koalitionsrechtes auf die Staatsarbeiter gefordert. Wie stellt sich zu dieser Frage das Centrum? Sie wundern sich über Ausschreitungen der Arbeiter. Zu Ausschreitungen kommt es aber nur, wenn die Behörden gegen die Arbeiter Stellung nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Stellen Sie sich auf der einen Seite die Arbeiterfamilienväter vor, die wie in Krimmitschau um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, und auf der anderen Seite die Galizier und andere ausländische Arbeiter als Streikbrecher, Arm in Arm mit der Polizei, die im einseitigen Interesse der Arbeitgeber ihren Schutz den Streikbrechern gewährt! Ist da nicht begreiflich, daß den Arbeitern der Zorn aufsteigt? Aendern Sie solche Verwaltungsmaßnahmen, und die Angriffe der Streikenden auf Arbeitswillige werden, wenn auch nicht ganz verschwinden, so doch vermindert werden. Neben den Polizeibehörden stehen die Gerichte. Ich erinnere an das Löbtauer Zuchthausurteil. Auch preußische Richter sind so gehirnkrank gewesen ... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Paasche**:

Sie sagen, daß preußische Richter in Ausübung ihres Berufes gehirnkrank seien; ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Beifall rechts. Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten. Abg. **Scherre** (Rp.) ruft: Unverschämtheit!)

Abg. **Legien** (fortfahrend):

Sie haben nicht das Recht, mir Unverschämtheit vorzuwerfen. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Paasche**:

Sie haben gesagt, daß preußische Richter in Ausübung ihres Berufes gehirnkrank seien. Ich halte meinen Ordnungsruf aufrecht. Ich bitte Sie, nicht dagegen zu demonstrieren. Wenn Sie aber von Unverschämtheit sprechen . . .

Abg. **Legien** (einfallend):

Der Abg. Scherre hat mir zugerufen: Das ist eine Unverschämtheit. Und wenn er sagt, daß das eine Unverschämtheit ist, so . . . .

Vizepräsident Dr. **Paasche** (unterbrechend):

Wenn Sie (zum Abg. Scherre gewandt) diese Aeußerung getan haben, so rufe ich auch Sie zur Ordnung.

Abg. **Legien** (fortfahrend):

In der Rede des Herrn Abg. Dr. Beumer ist es hindurchgeklungen, daß er es am liebsten sähe, daß gar keine Organisationen der Arbeiter zur Geltung kommen. Man ist auch wieder auf den Krimmitschauer Streik zurückgekommen und hat bezweifelt, daß die Mittel vorhanden waren, den Streik weiterzuführen. Meine Herren, das Geld war vorhanden, aber das Gemeininteresse der Arbeiter, das bei weitem den der Arbeitgeber überlegen ist, hat die Krimmitschauer Weber genötigt, den Streik vor der Hand abzubrechen. Das Loblied, das der Herr Abg. Lehmann den sächsischen Fabrikanten gestern gesungen hat, war sehr deplaziert, denn wenn dieses Gemeininteresse vorhanden gewesen wäre, so hätten sie sich auf eine Einigung mit den Arbeitern eingelassen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Die sächsische Regierung soll nur alle Verteidigungsversuche unterlassen. Es steht fest, daß sie sich in den Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingelassen, daß sie den Arbeitern die Hände gebunden, die Unternehmer hingegen unterstützt hat. Die Fabrikanten in Krimmitschau mißbrauchen ihre Macht über die im Streik unterlegenen Arbeiter, sie melden sie jetzt aus dem Gewerkverein ab. Also nicht die Arbeiter melden sich ab, sondern die Fabrikanten melden die Arbeiter ab. (**Bebel** ruft: Das ist das Koalitionsrecht der Arbeiter!) In dem Augenblick, wo sich die Textilindustriellen enger zusammenschließen, nehmen sie den Arbeitern das Koalitionsrecht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Streiks sind immer Machtfragen, auch der Krimmitschauer Streik ist es, aber er ist nicht eine Machtprobe der sozialdemokratischen Partei gegen das Unternehmertum. Ich habe hier ausdrücklich zu erklären, daß die sozialdemokratische Partei mit dem Streik weiter nichts zu tun hat, als daß der größte Teil der Ausgesperrten Sozialdemokraten sind. Die Parteileitung selbst hat mit dem Streik nicht das Mindeste zu tun. Erst als die Gewaltmaßregeln der sächsischen Behörden kamen, ist in dem Parteiorgan zur Unterstützung für die Gemaßregelten aufgefordert worden. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Paasche**:

Ich bitte Sie, diese Frage nicht zu weit auszuspinnen.

Abg. **Legien** (fortfahrend):

Ich wollte an dem Krimmitschauer Vorfall nur zeigen, wie es mit dem Koalitionsrecht bestellt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es kommt nicht darauf an, daß ein neues Gesetz geschaffen wird, sondern auf eine Aenderung in der Verwaltungspraxis und in der Auslegung der Gesetze. Auf die Arbeitskammerfrage will ich nicht eingehen, um Sie nicht zu lange in Anspruch zu nehmen. Der Abg. Trimborn hat uns ja ermahnt, keine zu langen Reden zu halten, er hat uns aber ein schlechtes Beispiel gegeben. (Abg. Trimborn hat 1¼ Stunden gesprochen, Abg. Legien spricht bereits 1½ Stunden.) Wir verlangen ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter und freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter, insonderheit diejenigen, die auf den untersten Stufen der Organisation stehen. Die volle Koalitionsfreiheit ist die unabweisliche Unterlage, der Unterbau für die Arbeitskammern. Daß es heute nur auf dem Papier steht, ist genügend festgestellt. Die Arbeiter zerbrechen sich nicht den Kopf über den Zukunftsstaat, sie kümmern sich um den Gegenwartsstaat, und dieser ist für den Arbeiter ein Zuchthausstaat. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Der Vorredner hat behauptet, wenn in Preußen noch etwas am Vereinsgesetz geändert würde, so setze es sich damit in Widerspruch mit der geltenden Reichs- und staatsrechtlichen Auffassung. Das ist irrig. Ich erinnere daran, daß im Strafgesetzbuch ausdrücklich die Vorschrift des Landesrechtes gegen den Mißbrauch des Vereins und Versammlungsrechtes aufrecht erhalten wird, und ebenso in der Strafprozeßordnung die Zuwiderhandlungen gegen das Vereins- und Versammlungsrecht. Ich könnte die allernamhaftesten Staatsrechtslehrer für die Auffassung anführen, daß Artikel 4 der Reichsverfassung zunächst einen provisorischen Charakter hat, und daß die Einzelstaaten befugt sind, so lange ihr Landesrecht zu ändern, wie ein Reichsrecht nicht geschaffen ist. Wenn also ein Einzelstaat sein Vereinsrecht ändert, steht er mit der Reichsverfassung nicht im Widerspruch. (Beifall.)

Abg. Dr. **Hieber** (natl.):

Die Gegenstände, die die Centrumsinterpellation berührt, sind in diesem Hause schon vielfach besprochen worden. Die heutige Erklärung des Staatssekretärs hat uns in hohem Grade befriedigt, aber es war auch höchste Zeit. Heute sind es gerade neun Jahre, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe auf eine Interpellation des Abg. Lieber eine zusagende Antwort gab. Der Staatssekretär hat zwar keinen Zeitpunkt angegeben, ich hoffe aber, daß der Gesetzentwurf wenn nicht in dieser, so doch in der nächsten Session kommt. Die Regierung sollte eigentlich die Regelung solcher Materien, die derart spruchreif sind, rascher und aus eigenem Antriebe in Angriff nehmen. Die heutige Besprechung hat wieder einmal gezeigt, daß die Mehrzahl der deutschen Arbeiter auf dem Standpunkte des Gegenwartsstaates und im Gegenwartsstaate steht. Bei der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches hat man diese Materie bei Seite gelassen aus politischen Gründen, die aber heute weggefallen sind. Der bekannte Professor Sohm hat gesagt, man habe seinerzeit die Frage aus Furcht vor der Sozialdemokratie nicht angeschnitten, aber die Furcht ist immer ein schlechter Berater. Mein praktisch handelt es sich um eine einfachere Gestaltung in der vermögensrechtlichen Stellung der Berufsvereine. (Sehr richtig! im Centrum.) Man fragt immer: Warum lassen sich die Berufsvereine nicht in das Vereinsregister eintragen? Die Bestimmungen über die eingetragenen Vereine sind aber äußerst umbequem und gefährlich. Ueber den eingetragenen Vereinen schwebt fortgesetzt das Damoklesschwert der Entziehung der Rechtsfähigkeit. Der bestehende Zustand ist völlig unbefriedigend. Nach einer Zusammenstellung, die ich gemacht habe, verfügen die Gewerkschaften über ein Vermögen von 12,449,000 Mark, davon fallen allein 11 Millionen Mark auf die Gewerkschaften, denen der Abg. Legien nahe steht. Ich habe nicht recht verstanden, was Graf Posadowsky mit dem Schutze der Minderheit meinte. Wir werden für die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine eintreten, wie wir stets die Interessen der Arbeiter in Schutz nehmen werden. Wir wollen keine Stacheldrähte gegen die freie Wahrnehmung berechtigter Interessen errichten. Man hat in den letzten Tagen geklagt über das viele Rufen nach Staatshilfe; hier handelt es sich um die Selbsthilfe der Berufsvereine. Es wird nur verlangt, daß das Reich die Bahn frei macht für die organisierte Selbsthilfe. Es gilt, das Kaiserwort vom 6. Oktober 1889 wahrzumachen, das er zu den Vertretern der Berufsgenossenschaften gesprochen hat, es komme darauf an, den Arbeitern die Ueberzeugung zu verschaffen, daß sie gleichberechtigt sind und als gleichberechtigt anerkannt werden. Nun ist auch heute von dem Herrn Abg. Trimborn die Forderung eines Reichsvereinsgesetzes erhoben worden. Wir sind diesem Verlangen immer beigetreten. Aber ich als Süddeutscher muß eins noch sagen: Wir haben in Württemberg ein sehr freies Vereins- und Versammlungsrecht — der Ausdruck ist nicht genau — wir haben eine sehr freie Gewohnheit in diesen Dingen. Ueber die Handhabung sind nicht einmal Klagen aus der sozialdemokratischen Partei laut geworden; jedenfalls haben sie keine irgendwie bedeutende Rolle bei uns gespielt. Der Furcht kann ich mich nicht ganz entschlagen, daß ein deutsches Reichs- und Versammlungsrecht die Freiheit, in der wir uns in manchen süddeutschen Staaten auf diesem Gebiete erfreuen, vielleicht beschränken könnte. Wir sind ein klein wenig mißtrauisch, und ich möchte dem Herrn Staatssekretär ans Herz legen, daß wir Schwaben auf dem Gebiete garnicht den Anspruch machen, etwa anständiger oder gescheidter oder freier zu sein als andere Leute im deutschen Reiche. (Sehr gut! links.) So gut wie die schwäbische Bevölkerung dieses Recht bis jetzt gehabt hat, ohne daß die öffentliche Ordnung darunter gelitten hat (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), so gut könnte dem übrigen deutschen Reiche das gleiche Recht in derselben Weise gewährt werden. (Sehr richtig! links.) Ueber die Arbeitskammer werden wir in Anknüpfung an unsere Resolution seinerzeit reden. Wir freuen uns über die Bereitwilligkeit des Staatssekretärs und der Regierung, darauf einzugehen, und zwar in der Richtung, die wir, insbesondere der Frhr. v. Heyl seit mehreren Jahren hier vertreten haben. Wir begrüßen auch die durch die Rede des Abg. Legien hervorgetretene Sinnesänderung der Sozialdemokraten über diese Einrichtung. Sie muß obligatorisch werden. Dann werden die Arbeiter erkennen lernen, daß die Arbeitgeber keine Drohnen sind, sondern die wichtigsten Faktoren in der Regelung unserer Produktion. Die Arbeitskammern werden erzieherisch wirken. Man hat gefragt, ob mit dem Ausscheiden Bassermanns — dessen Ausscheiden übrigens die Centrumspartei hätte verhindern können. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) — auch der sozialpolitische Geist aus unserer Partei geschwunden ist. Ich kann eine Antwort auf die Frage geben: Wir wollen die Anregungen, die Bassermann in dieser Richtung seit Jahren gegeben hat, auch künftig in seiner Weise fortführen. In diesen Fragen, die ja fortwährend im Fluß sind, sind die Ansichten meiner Fraktion vollständig geschlossen und fertig. Es wäre auch nicht gut, wenn dem nicht so wäre. Der Geist, mit dem wir an diese Fragen herantreten, ist der der besonnenen Fortführung der Sozialreform im Sinne des fairrichen Erlasses. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Die Klassengegensätze werden wir nie aus der Welt schaffen, sie sind unvermeidliche Begleiterscheinungen. Es wird nie ein staatlicher oder gesellschaftlicher Zustand eintreten, in dem alle Klassengegensätze überbrückt und beseitigt werden. Und wenn einmal diese Klassengegensätze nicht beseitigt werden können, wenn man sogar von Klassenherrschaft reden kann, für die Kultur und den Fortschritt ist eine demokratische Klassenherrschaft unter allen Umständen nach den Ausweisen der Geschichte schlimmer als eine aristokratische. Wir können die Art des Auftretens der Gegensätze mildern, und dazu treiben wir Sozialpolitik. Wir können die Entscheidungen in diesem Kampfe besser, billiger und vernünftiger gestalten, als es bisher der Fall war. Wir können auf dem Wege der Gesetzgebung und der Organisation dafür sorgen, daß in maßvollerer Weise als bisher und doch zugleich in bestimmter Weise die Arbeiterinteressen vertreten werden. Wir können, und das ist der tiefere Grund, der uns in diesen Debatten trotz aller Gegensätze der Fraktionen vereint, darin Hand in Hand gehen, daß wir das feinere Rechtsgefühl der modernen Gesellschaft in der Richtung betätigen, daß wir in allen Klassen unseren Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung ausüben, daß aber keine einzelne Klasse allein die Herrschaft ausübt. (Sehr richtig!) Das ist auch allein des modernen Staates würdig; so allein wird der soziale Organismus eine gedeihliche Entwickelung nehmen, und der einheitliche Staatsgedanke, Ordnung, Ruhe und Fortschritt, werden als rocher de bronce dastehen gegenüber allen Klassenkämpfen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Das ist der Punkt, von dem aus wir Sozialpolitik treiben, und den Weg werden wir künftig weitergehen.

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (kons.):

Wir werden uns auch der angekündigten Gesetzgebung gegenüber auf den Standpunkt stellen, den wir immer eingenommen haben: den der praktischen Sozialpolitik. Die allerhöchste Botschaft soll durchgeführt werden. Sie sagt aber nicht, wann und wie sie durchgeführt werden soll, sondern sie stellt nur gewisse Grundsätze auf. Minister Berlepsch hat 1885 die Zeit für noch nicht gekommen erachtet, die Durchführung der Sozialpolitik auf eine bestimmte Reihe von Jahren festzulegen. Wir werden uns jede Gesetzvorlage genau ansehen, die die Sozialdemokratie ihrem Ziele, der Befreiung der Arbeiter aus der Lohnsklaverei, wie sie sich ausdrückt, oder wie wir sagen, dem Umsturz herbeizuführen, näher zu bringen geeignet ist. Hier heißt es: principiis obsta! Auf jeden Fall werden wir nie für das Koalitionsrecht der Landarbeiter stimmen. Damit würden wir unser Vaterland der Gefahr der Aufpowerung entgegenführen. (Beifall rechts, Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auch für eine Ausdehnung des Koalitionsrechtes der Bergwerksarbeiter werden wir nie zu haben sein. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Kohlenbergwerk und überall, wo durch Streiks eine öffentliche Gefahr hervorgerufen wird, wird die Koalitionsfreiheit durch ein Notstandsgesetz eingeschränkt werden müssen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen für eine Erweiterung des Koalitionsrechtes nie zu haben sein, wenn nicht gleichzeitig den Arbeitswilligen der notwendige Schutz gewährt wird. Wir verlangen ferner, daß die Berufsvereine straf- und civilrechtlich für ihre Handlungen verantwortlich gemacht werden. In den Arbeitskammern wird nicht die richtige Arbeiterschaft vertreten sein, sondern nur derjenige Teil der Arbeiter, der mir am wenigsten sympathisch ist. Das Beispiel der Arbeitskammern in außerdeutschen Staaten regt nicht zur Nachahmung an. Ich will mich aber nicht endgültig binden, sondern muß eine Vorlage abwarten. Auch wir wollen Sozialpolitik treiben, aber nur im Sinne der allerhöchsten Erlasse. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Adlaß** (fr. Vp.):

Im Interesse der Rechtsgleichheit müssen wir verlangen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht angetastet wird. Wir können aber niemals den Weg betreten, den die Konservativen andeuten; wir wollen nicht mit der einen Hand geben und mit der anderen Hand nehmen. Das Entgegenkommen der Regierung ist nur auf das einmütige Verlangen des Reichstages zurückzuführen. Wir haben diese Frage vor allem stets in den Vordergrund gestellt; bereits unser verstorbener Parteigenosse Schulze-Delitzsch hat diese Forderungen nach Erweiterung des Koalitionsrechts und Errichtung von Arbeitskammern mit besonderem Nachdruck vertreten. Wenn die von dem Staatssekretär angekündigten Vorlagen einen gangbaren Weg und einen sozialpolitischen Fortschritt zeigen, so werden wir ihm sehr gern zustimmen.

Uns wären sehr viele Kämpfe erspart geblieben, wenn wir den Berufsvereinen bereits die Rechtsfähigkeit verliehen hätten. Wir können doch unmöglich so lange mit der Regelung der Frage warten, bis etwa die Sozialdemokraten ausgestorben sind. Dann könnten wir unter Umständen recht lange warten. Wir wollen der Sozialdemokratie nicht neuen Zündstoff geben; wir wollen vielmehr alle berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkennen und so der Sozialdemokratie Abbruch tun. Je weniger Unzufriedene und in ihren berechtigten Wünschen Verletzte, um so weniger Sozialdemokraten. Erfüllen wir die Forderungen, die auch wir für berechtigt halten, dann wirken wir wahrhaft staatserhaltend! Unserer Partei ist gestern von der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht worden, wir hängten uns jetzt ein sozialdemokratisches Mäntelchen um, weil bereits die Ratten das sinkende Schiff verlassen. Wir glauben nicht an den Untergang unserer Partei, niemals aber werden wir das Schiff verlassen. Unsere Sozialpolitik stammt nicht aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Wir werden bei steter Betonung des Individualismus in dem Wirtschaftsleben doch stets für eine gesunde Sozialpolitik eintreten. (Beifall links.)

Schluß in der Morgen-Ausgabe.)

Parlamentarische Nachrichten.

* Es ließ sich erwarten, daß sich die zielbewußten „Genossen" mit der Erklärung des Abgeordneten **Schippel** über seine Stellung zur Agrarfrage nicht zufrieden geben würden. Der sozialdemokratische Oberinquisitor Kautsky führt denn auch bereits im „Vorw." den Nachweis, daß Schippel die gleichen Anschauungen, die er jetzt verleugnet, schon 1902 in einer umfangreichen Schrift vertreten habe. Ferner meldet sich der Berichterstatter des „Vorw.", um sich gegen die Behauptung zu wehren, daß er den Abgeordneten Schippel mißverstanden habe. Sein Bericht habe in der Hauptsache das wiedergegeben, was Schippel tatsächlich gesagt habe. Wenn das irreführend sei, so habe niemand anderes als Schippel diese Irreführung verschuldet. Das peinliche Inquisitionsverfahren wird also wohl seinen Gang gehen.

VEREINE • VERSAMMLUNGEN.

* In der zehnten ordentlichen Generalversammlung der **brandenburgischen Landwirtschaftskammer**, an welcher der Oberpräsident v. Bethmann-Hollweg und mehrere Kommissare der Regierungen zu Potsdam und Frankfurt teilnahmen, erstattete der Generalsekretär Dr. Freiherr v. Canstein den Geschäftsbericht für 1903. Bei dessen Durchberatung wurde erneut die Entlastung der Amtsvorsteher in gerichtlichen Requisitionsgeschäften gefordert. Ferner wurde verlangt, daß nicht bloß der Kreistierarzt, sondern überhaupt jeder praktizierende Tierarzt in dringenden Fällen als außerordentlicher Fleischbeschauer auftreten dürfe. Ein weiteres Verlangen ist die Grundbesitzer von der Beitragspflicht für die Alters- und Invalidenversicherung zu Gunsten ausländischer Arbeiter entbunden werden, kann, wie der Geschäftsführer Naumann mitteilte, keine Erfüllung finden, weil die Regierung keine Prämie auf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter setzen will. Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß die Einnahmen 594,147 und die Ausgaben 509,555 Mark betragen, sodaß also ein Ueberschuß von 84,592 Mark verbleibt. Der Buchwert des Gesamtvermögens beträgt 405,589 Mark. Die Umlage wird unverändert wie im Vorjahre auf 0,4 Prozent festgesetzt.

* Der in allen Kreisen unseres Beamtentums immer schärfer hervortretende Gegensatz zwischen **Civil- und Militäranwärtern** beginnt wieder einmal die Oeffentlichkeit zu interessieren. Die Militäranwärter haben kürzlich an den Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus mehrere Petitionen gerichtet, die angebliche Ungleichheiten zwischen den beiden Beamtenkategorien beseitigen sollen. Diese Petitionen haben eine Gegenvorstellung des in Hannover domizilierten Verbandes der Civilanwärter des deutschen Reiches hervorgerufen, der zur Abwehr der Ansprüche der Militäranwärter gegründet ist. Darin wird ausgeführt, daß die Militäranwärter heute schon so viele Bevorzugungen genießen, daß ein Mehr nur nachteilig für das Beamtentum und den Staat wirken könne. Die Darstellung der wirklichen Verhältnisse in den Eingaben der Militäranwärter wird als unzutreffend bezeichnet und vor der Einführung der von jenen erbetenen Ausgleichungsmittel dringend gewarnt. Nur für die Abschaffung der Arreststrafe der Unterbeamten treten auch die Civilanwärter ein. Zu positiver Hinsicht verlangen sie ferner für das mittlere Beamtentum die Einführung beziehungsweise Verschärfung von Fachprüfungen, die eine allgemeine Erhöhung des Bildungsniveaus aller Anwärter zur Folge haben müßte. Ein Mangel an Unteroffizieren würde durch eine solche Maßregel nicht herbeigeführt. Denn abgesehen davon, daß die Beamtenstellen von Jahr zu Jahr vermehrt würden, sei es erwiesene Tatsache, daß eine große Zahl von Stellen, die den Militäranwärtern nach den geltenden Bestimmungen vorbehalten seien, mit Civilanwärtern besetzt werden müßten, weil die Militäranwärter sie verschmähten.

* **Familiengeschichtliche Forschungen** werden zur Zeit mehr wie bisher in ihrem Werte anerkannt. Es ist daher freudig zu begrüßen, daß eine Anzahl namhafter Genealogen, Geschichtsforscher und Freunde familiengeschichtlicher Forschung einen Aufruf zur Begründung einer **„Centralstelle für deutsche Personen- und Familiengeschichte"** erlässt und zum Beitritt zu einem zu diesem Zweck gegründeten Verein einladet (Mindestbeitrag 5 Mark, Hauptaufgabe soll sein, die in Urkunden, Büchern, Universitätsmatrikeln, Bürgerlisten, Kirchenbüchern und anderen gedruckten und ungedruckten Quellen zerstreuten Angaben planmäßig zu sammeln und in Gestalt eines alphabetisch geordneten Zettelkatalogs nutzbar zu machen. Ferner sollen familiengeschichtliche Veröffentlichungen, die wohl meist nicht im Buchhandel zu beziehen sind, gesammelt werden. — Erste Generalversammlung des Vereins am 16. Februar 1904 zu Leipzig. Anfragen und Sendungen erbeten an Rechtsanwalt Dr. Breymann, Leipzig, Neumarkt 29.

* Für die am Donnerstag, den 4. Februar, Abends 8 Uhr im Restaurant „Zum Heidelberger" stattfindende Sitzung der **Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft** sind die nachstehenden wissenschaftlichen Vorträge angemeldet: Herr Professor Dr. Wolffenstein-Berlin: Das Wasserstoffsuperoxyd und seine pharmazeutische Verwendung. 2. Herr Professor Dr. L. Lewin-Berlin: Ueber Entstehung von Vergiftungen, insbesondere der Phosphorvergiftung. Gäste sind willkommen. Nach der Sitzung, wie üblich, gemütliches Beisammensein.

Der Kriegsminister in der Budgetkommission.

In der Budgetkommission des Reichstages hat sich der Kriegsminister über die Erhöhung der Oberstleutnantsgehälter vernehmen lassen, die auch in diesem Jahre einem bisher noch nicht überwundenen Widerstand begegnet. So sehr ich das in dem Interesse der beteiligten Offiziere bedauere, muß ich doch die Regierungserklärung, daß diese Erhöhung für die Schlagfertigkeit des Heeres erforderlich oder auch nur sehr wünschenswert sei, als Uebertreibung bezeichnen. Ich bezweifle sogar — und habe dem bereits wiederholt Ausdruck gegeben —, daß diese halbe und äußerliche Maßregel dem Mangel an Infanterieoffizieren in wesentlichem Grade abhelfen wird. Wenn Kavallerie und Feldartillerie einen erheblich stärkeren Andrang von Junkern haben, so liegt das **nicht allein** an den besseren Beförderungsverhältnissen — denen ja auch eine entsprechend raschere Abnutzung, das heißt Verabschiedung gegenübersteht —, sondern auch darin, daß durchschnittlich die **wohlhabenderen** Familien ihre Söhne in diese Waffen schicken, die von der Unsicherheit des Berufes nicht in so hohem Maße betroffen werden wie die Sprößlinge der sehr armen Soldatenfamilien, die einen sehr großen Teil der Infanterieregimenter füllen. Aber das eine sollte man doch nicht vergessen — und ich wende mich hierbei hauptsächlich gegen die Uebertreibungen derjenigen, die Luxus und Uniformsänderungen für den Mangel an Offizieren verantwortlich machen —: auch für diese armen Familien ist der Offizierberuf immer noch unvergleichlich billiger als jeder andere höhere Beruf, ja er ist für viele die einzige Möglichkeit, überhaupt in den sozial bevorzugten Schichten zu verbleiben. In welchem Beamtenberufe erhält der junge Mann bereits 1½ Jahre nach seiner Entlassung aus der Schule 1500 Mark und etwa 9 Jahre später 2100 Mark jährlich vom Staate? Welcher andere höhere Beruf erfordert die Aufwendung eines verhältnismäßig so geringen Kapitals bis zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit? Wäre das nicht der Fall, so würde der Mangel an Offizieren noch sehr viel beunruhigender sein. Der Grund liegt also tiefer: schwere Arbeit, scharfer Wettbewerb, Unsicherheit des Berufes, schlechte Aussichten für die späteren Mannesjahre. Kaum die Hälfte aller Leutnants hat Aussicht, den Stabsoffizier zu erreichen; auf 24,000 dienende gibt es 12,000 verabschiedete Offiziere. Wer voranschauend ist, nimmt darum lieber die größeren Anfangskosten eines anderen Berufes auf sich und sichert sich dafür für sein Alter und für seine Familie Ruhe, Tätigkeit, Zufriedenheit, auskömmliches Gehalt. Doch kommen wir auf die Oberstleutnantsfrage zurück. Der Minister hat mir die hohe Ehre erwiesen, meinen Namen zu nennen, natürlich indem er gegen mich polemisierte. Soweit ich dem Zeitungsbericht trauen darf, bezeichnete er meine Vorschläge, das für die Infanterie ungünstige Beförderungsverhältnis durch organisatorische Aenderungen zu bessern, als unausführbar und viel zu kostspielig. Ich begreife nur nicht, wie er hierbei gerade auch den Vorschlag nennen konnte, die Brigaden in Zukunft aus drei Regimentern anstatt aus zweien zusammenzusetzen. Nach der gewöhnlichen Rechnungsweise scheint mir doch wirklich das erstere auch jetzt noch billiger sein. Sodann aber mache ich darauf aufmerksam, daß ja auch die Regierungsvorschläge tatsächlich eine Verdoppelung der Regimentskommandeure stellen, **und mehr als das**, enthalten. Denn die Oberstleutnants werden danach Regimentskommandeure zweiter Klasse, nur ohne die Selbständigkeit und befriedigende, verantwortliche Tätigkeit des letzteren. Der Mehrbetrag ihres Einkommens gegenüber dem der Bataillonskommandeure beträgt ja nicht nur 1350 Mark, sondern auch den höheren Servis und Wohnungsgeldzuschuß, im ganzen also durchschnittlich 1742 Mark. Außerdem beschränkt aber die Regierung diese Erhöhung nicht auf die etatsmäßigen Stabsoffiziere, sondern dehnt sie auf eine ganze Reihe von Bataillonskommandeuren, Kriegsschul- und Unteroffizierschuldirektoren, ja sogar auch auf höhere Adjutanten aus; anstatt für 153 Stellen wird sie für 205 gefordert (ohne die Bayern zu rechnen). Die immer genannte Zahl von 180 Oberstleutnants bezieht sich nur auf das preußische Kontingent.

Ich bestreite nun, daß eine Verkleinerung der Regimenter unter allen Umständen mit Mehrkosten für den Staat verbunden sein muß, besonders wenn man dafür eine Reihe überflüssiger hoher Stellen (Kommandanten 2c.) fortfallen läßt, eine Verkleinerung der übermäßig starken Regimentsmusiker vornimmt und die Verwaltung vereinfacht.

Wenn übrigens der Herr Minister — und mit Recht — auf möglichst sparsame Organisationen drängt, so wird er jedenfalls bei den Vermehrungen des nächsten Jahres die Kavallerieregimenter zu sechs anstatt zu fünf Eskadrons gliedern. Die Regimenter Friedrichs des Großen hatten zum Teil zehn Eskadrons, und das ging ganz gut.

Was das Verhältnis der höheren Stellen zu denen der Subalternoffiziere bei den verschiedenen Waffengattungen anbetrifft, so verschieben sich die von dem Herrn Minister angegebenen Zahlen denn doch nicht unwesentlich zu Gunsten der Infanterie dadurch, daß die hohen und höheren Stellungen außerhalb der Truppe ganz überwiegend, fast ausschließlich von ihr besetzt werden (Gouvernement und Kommandanturen, höhere Adjutanten, Schulen und Anstalten, Inspektionen, Bekleidungsämter, schließlich auch die Bezirkskommandos). Nur die Kavallerie macht ihr für einzelne Posten einen scharfen Wettbewerb.

Der Herr Minister ist dann noch mit einigen Worten auf den von mir zuerst gemachten und mit guten Gründen belegten Vorschlag eingegangen, einen Teil der Subalternoffizierstellen durch die tüchtigsten und gebildetsten unserer Unteroffiziere zu besetzen und damit den letzteren ein berechtigtes Ziel des Ehrgeizes zu stecken, den Wettbewerb um die höheren Stellen aber zu verringern. Damit würden Ruhe, Stetigkeit, Freudigkeit in unser Offizierkorps zurückkehren. Der Herr Minister **soll** (ich unterstreiche absichtlich, denn vielleicht ist der Bericht nicht genau) gesagt haben: Die aus Unteroffizieren hervorgegangenen Offiziere seien ja gut im Frieden — ein erstes, großes Zugeständnis — aber im Kriege fehle ihnen doch das Feuer der Jugend (? siehe die Heere Napoleons!), und **sie fragten auch mit Recht, warum sie sich sollten totschießen lassen?** Sollte die Aeußerung so gefallen sein, so ist sich der Herr Minister im Eifer des Gefechtes wohl über die notwendigen Folgerungen nicht ganz klar gewesen. Es glückt eben nicht jede Redewendung so, wie einmal ein Citat aus Wallenstein (oder aus Büchmann?). Ich antworte, sie sollen darum in der Schlacht freudig in den Tod gehen, weil Pflicht und Ehre es ihnen so gebieten, wie jedem Offizier, wie jedem Soldaten! Wohin kämen wir mit diesem Unterschiede? Dann könnte der Reservist, der Landwehrmann, der Frau und Kinder unversorgt zurückläßt, wahrhaitig erst recht fragen: „Warum soll ich mich totschießen lassen?"

Wenn endlich der Herr Minister meint, um dem Mangel an Offizieren abzuhelfen, müsse der Regimentskommandeur werbende Kraft besitzen, so frage ich, wo soll die werbende Kraft herkommen, wenn er **durchschnittlich** kaum 3 Jahre seinen Posten innehat? Oder soll er verfahren wie die Werbeoffiziere im 18. Jahrhundert?

Gädke.

TELEGRAMME.

□ **Stuttgart**, 30. Januar. (Privat-Telegramm.) Der Aufruf des **Grafen Zeppelin** ergab 450,000 Mark. Ein neuer **Luftballon** ist auf der Manzeller Werft im Bodensee bereits in Angriff genommen.

Bremen, 30. Januar. (W. T. B.) Der auf einer Vergnügungsreise befindliche Dampfer „**Kaiserin Maria Theresia**" vom Norddeutschen Lloyd sendet folgendes Telegramm aus Lissabon: Auf der Reise von Cherbourg nach hier stürmischer Süd- und Südwest-Wind mit ziemlich hohem Seegang. Am Mittwoch, Kaisergeburtstag, fand ein Festdiner an Bord statt, welches in gehobenster Stimmung verlief. „Kaiserin Maria Theresia" traf pünktlich in Lissabon ein. An Bord alles wohl. Erbprinz und **Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen** besichtigten Donnerstag Nachmittag die Stadt und folgten Abends einer Einladung des deutschen Gesandten, von welcher gegen 11 Uhr die Rückkehr an Bord erfolgte. Freitag früh Nebel. Ein Ausflug nach Cintra verlief bei schönstem Wetter. Die Gesellschaft traf um vier Uhr Nachmittags in bestem Wohlsein und höchst befriedigt wieder auf dem Schiffe ein. Abends gemeinschaftlicher Thee an Bord. Der Dampfer setzte gestern bei Sonnenuntergang die Reise nach Funchal fort.

⚒ **Brüssel**, 30. Januar. (Privat-Telegramm.) Die Majorität der **Diamantarbeiter** in **Antwerpen** nahm eine Tagesordnung an, die sich für die Fortsetzung der Verhandlungen ausspricht. Die Lösung hängt nunmehr von den Arbeitgebern ab, doch hält man den Streik am Montag für unvermeidlich.

□ **Lissabon**, 30. Januar. (Privat-Telegramm.) Es verlautet, französische Agenten schlugen der portugiesischen Regierung angeblich im **Auftrag Rußlands** den Ankauf von vier Kreuzern, eines Torpedojägers und eines Kanonenboots gegen hundert Millionen Francs vor. Die Regierung lehnte jedoch den Vorschlag ab.

Statistische Mitteilungen

Die **jährliche Produktion an Kaffee** auf der ganzen Erde wird auf **1000 Millionen Kilogramm** geschätzt, davon liefert **Brasilien über die Hälfte**, das sind mindestens 60 Prozent der gesamten Ausfuhr aus Brasilien. Wenn die Menschen aufhörten, Kaffee zu trinken, so würden die weiten Strecken dieses Landes, die durch den Kaffeebau einer wenn auch nur mäßigen Kultur erschlossen sind, wieder dem Urwald anheimfallen.

Fonds-Telegramme.

Frankfurt a. M., 30. Jan., 2 Uhr 30 Min. Nachm. (Schlusskurse.)
Tendenz: Matt.

London. Wechsel	20.475	4% ung. Kronenr.	99,50	Boch. Gussstahl	191,00
Pariser Wechsel	81.416	5% Mexikaner	101,30	Gelsenkirchen	213,60
Wiener Wechsel	85.383	Oest. 1860er Lose	156,40	Harpener Bergw.	203 90
3% Reichsanleihe	91,90	Reichsbank	153,50	Hibernia	204.60
3% Hessen v. 96	89.90	Berl. Handelsges.	158,80	Westeregeln	227.00
Italiener	103.80	Darmstädt. Bank	143,00	Laurahütte	235,50
Oest. 4% Gold-R.	102,80	Deutsche Bank	223,50	Lübeck-Büch. E.	164,50
do. Silberrente	101,20	D.Genossensch.-B.	100,00	Staatsbahn	143,50
do. 4⅕% Pap.-R.	101,20	Disk.-Kommandit	192,70	Lombarden	16,50
3% portug. Anl.	60,80	Dresdner Bank	155,00	Raab-Oedenburg	—
5% amort. Rumän.	99,80	Mitteld.Kred.Akt.	115,50	Gotthardbahn	192,50
Neue Rumänen	99,00	Nationalbank f.D.	125,00	Mittelmeerbahn	94,50
4% Russ. Consols	97,60	Oest.-ung. Bank	115,80	4% Wladik.-Prior.	98,20
4% Russen 1894	98,30	Oest. Kred.-Akt.	210,70	Privatdiskont	$2^{7}/_{16}$
4% serb. Rente	73,50	Adler Fahrrad	236,20	Bresl. Diskontob.	110.90
4% Spanier	87,50	Allg. Elektrizität	220,50	Anatolier	96,60
Konv. Türken	—	Schuckert	104,00	Neue Russen	98,40
Neue Türken	—	Höchster Farbw.	368,00	Lahmeyer-Aktien	92.00

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 210,70. Diskonto-Kommandit 192,70.

Dresden, 30. Jan.

Sächs. 3% Rente	90,35	Elkt.-W. Kummer	—	Mainz. Schöfferh.	170,00
3½% do. Staatsa.	101,20	Germ., Schwalbe	115,00	Reichelbr. Culmb.	183,00
Dresd. Stadtanl. 93	100.60	Görl. Masch. (kuv.)	—	Reisewitzer Br.	—
Allg. dtsche. Kred.	174.00	Lauchhammer	117,50	Soc.-Br. Waldschl.	257,50
Dresd. Kreditanst.	13,75	Masch.-F. Kappel	290,00	D.-O. Bergwerksg.	—
Berliner Bank	—	Seck. Mühlenb.-A.	197,00	Sächs. Kammg.-Sp.	—
Sächsische do.	134,00	Nähm.-F. u. Eiseng.	268,25	Glasind. Siemens	266,00
Leipziger do.	—	Mehlich Maschin.	248.00	Porzellanf. Kahla	380,00
Dresdner Bank	155,10	Sächs. Gussst.-Fb.	150,00	D. Thonr. u. Chamf.	128,50
Dresdn. Bankver.	98,75	do. Masch.-Fab.	116,25	Sächs. Nähfadenf.	99,00
Dtsche. Strassenb.	157,50	do. Webst.-Fab.	205,50	A.-G. f. Cart.-Ind.	105,50
Dresd. Strassenb.	179,50	Ver. Eschebach'W.	210,00	Heyden-Radebeul	156,50
Ver. E.-u.S.-Schiff.	120,75	Corona Fahrrad	168,00	Dresd. Gard.-Man.	190,00
Kette, Elbschifff.	80,10	Nürnb. Hercules	143,25	Spch. u. Sped. Risa	123,00
Sächs.-Böhm. Dpf.	—	Wand. Fahrr.-W.	268,90	Ver. Hanfschlauch	—
Dresd. Bauges.	195,00	Cons. Feldschlöss.	116,00	Penig Patent	161,50
Bergm. Elektr.-A.	260,00	Felsenkeller	670,50	Ver. Strohstofffab.	77,10
Chemn. Werkzg.	110,00	Hofbräuh. Vorz.-A.	125,00	Wagenbau Busch	—
Schubert u. Salzer	261,50	Kieler Brauerei	189,00	Oest. Banknoten	85,40

Porzell. P. H. Rosenthal u. Co. 136,00.

Leipzig, 30. Jan. (Schlusskurse.)

Oest. Banknoten	85,40	Sächs. Bankaktien	134,00	Leipz. Bierbrauer. (Riebeck u. Co.)	217,00
3% sächs. Rente	90,35	Sächs. Bod.-Credit	144.00	Zuckerf. Glauzig	113,00
3½% do. Anleihe	101,20	Casseler Jute-Sp.	185,00	Zuckerr. Halle	164,75G
Böhm. Nordb.-A.	120,00	Deutsche Spitz.	248 70	Thüring. Gas	268.50
Buschtiehr. Lit. A.	235,00	Leipz. Baumw.-A.	191,50	Mansfelder Kuxe	806bz
do. do. Lit. B.	258,70	Leipz. Kammgarn	162,00	Zeitzer Paraffin	146.00
Leipziger Kredit	174 50	Kammgarn Stöhr	159,50	„Kette"	79,75
Kredit- u. Sparb.	99,40	Titt. u. Kr., Wollg.	114,50	Leipz. Strassenb.	154,00
Leipz. Hypothekb.	141,00	Wernhaus. Kamm.	—	L. Elek. Strassenb.	78/10
Polyphon Musikw.	—	Altenb. A.-Brauer.	—		

Leipziger Elektrizitätswerke 126,20. Fr. Schulz jr. A.-G. Leipzig 206,50.

Hannover, 30. Jan

3½% Hannov. Prov.-Anleihe	100,00	Döhrener Wollwäscherei- und Kämmerei-Aktien	179,75
3% do. do.	—	Hannov. Cementfabrik-Akt.	115,00
3½% Hannov. Stadt-Anleihe	100,00	Höxterscher (Eichwald) Cementfabrik-Aktien	42,00*
4% do. do.	103,00	Lüneburger Cementfabr.-Akt.	105,60
4% unkündb. Hannov. Landes-Credit-Oblig.	102,90	Hannov. Eisengiesserei-Aktien	97,00
4% kündb. Celler Cred.-Oblig.	—	Ilseder Hütte-Aktien	807,00
4% Hannov. Strassenb.-Oblig.	101,00	Hannov. Strassenbahn-Aktien	—
4½% do. do. v. 1900	100,60	Zuckerfabrik Bennigsen-Akt.	97,00
Contin. Caoutchouc-Com.-Akt.	621,00	Zuckerfabrik Neuwerk-Aktien	60,00
Hannov. Gummi-Kamm-C.-A.	251,00	Zuckerraffin. Brunonia-Aktien	90.00
Hannov. Baumw.-Sp. V.-Akt.	—		

Hannoversche Strassenbahn-Gewinnanteilscheine 221,00. * bis 41,50

Wien, 30. Jan. (Schluss-Kurse.) Eröffnung auf schwächere Auslandsbörsen schwach; im weiteren Verlaufe ruhig.

Oest. 4⅕% Pap.	100.60	Buschtiehr. B.	1017,00	Napoleons	19,06
do. Silberrente	100,60	Elbethal	416,00	Marknoten	117.08
do. Goldrente	120,55	Ferd. Nordb.	5470	Russ. Banknot.	252,75
do. Kronenr.	100,55	Franzosen	667,00	Bulgar. Anl.	104,25
4% ung. Goldr.	119,05	Lemb. Czern.	579,50	Rima Murany	477,00
Ung. Kronenr.	98,85	Lombarden	85 50	Brüxer	—
1860er Lose	155,50	Nordwestbahn	424,50	Wechs. a. Berlin	117.08
Türk. Lose	130,50	Pardubitzer	409,00	do. a. London	—
Länderbank	439 50	Alp. Montan.	417,50	Prag. Eisenakt.	1895
Oest. Kreditakt.	667,00	Tabakaktien	—	Hirtenberger	765
Unionbank	539,00	Amsterdam	198.65	Strassenb. Lit. A	—
Ung. Kreditakt.	762,00	Berliner Check	117,03	do. Lit. B	—
Wiener Bankv.	519.00	Londoner do.	239,67	Veitsch. Magn.	—
Böhm. Nordb.	363,00	Pariser do.	95,28		

Waren-Telegramme.

Bremen, 30. Januar. **Schmalz.** Ruhig. Loco Tubs und Firkins 37,25, Doppeleimer 38,00. — **Speck.** Stetig.

□ **Newyork**, 30. Januar. (Privat-Telegramm.) **Metalle und Bergwerksprodukte.**

		K. v. 28.
Eisen kaum stetig.		
Iron Nr. 1 Northern Newyork	15,00—16,00	15,00—16,00
Iron Nr. 2 Northern	14,00—15,00	14,00—15,00
Iron Nr. 1 Southern	13,75—14,25	13,75—14,25
Iron Nr. 1 Soft	13,75—14,25	13,75—14,25
Stahlschienen	28,00	28,00
Bessemer-Stahl	30,00	30,00
Kupfer	12,50—12,87	12,62—12,87
Roh-Zinn	28,05—28,35	27,75—28,25
Kohle Fabriksorte pro To. fob. Newyork	2,55	2,55
do. Anthracite pro To. fob. Newyork	3.00	3.00
Kainit	9,05	9.05
Salpeter	2,17½	2,17½

Magdeburg, 30. Jan. Weizen englischer unveränd., gut 156—159, mittel 149—154, gering bis 145, do. Sommer schwerer gut —,—, mittel —,— gering bis —,—, do. Kolben Sommer gut 164—168, do. Rauh gut 150—153, do. ausl. g. 172—180. Roggen inl., unveränd. gut 128—130, mittel 125—127, gering bis 120. Gerste hies. Chevalier unveränd. gut 150 bis 165, mittel 142—148, do. do. Land gut 138—145, mittel 133—137, do. ausländ. Futter gut 110—112. Hafer inl. unverändert, gut 127—131, mittel 122 bis 124, gering bis 115. Mais, runder unveränd., gut 110—112, bunter amerikanischer 114—116. Erbsen hiesige Viktoria unverändert, gut 175—190, mittel 160—170, do. grüne Folger gut 200—205, mittel 170—185.

Familien-Nachrichten
(aus anderen Zeitungen)

Sterbefälle.

Ein Sohn: Hrn. Georg Mühlendorf (Berlin). Hrn. Robert Court (Köln). Hrn. Bergwerksdirektor F. Ziervogel (Halle a. S.). Hrn. Georg Reinhardt (Hamburg). Hrn. Herm. Ehrlich (Fürth). — **Eine Tochter:** Hrn. Dr. Herm. Feith (Charlottenburg). Hrn. Rechtanwalt Dr. Maull (Elberfeld). Hrn. Eduard Denke (Hamburg). Hrn. Professor Deecke (Greifswald). Hrn. Gustav Zoder (Hamburg).

Verlobungen.

Frl. Dorothea Engelmann mit Hrn. Forstassessor Bernhard Erdmann (Bromberg, z. Zt. Skurz, Westpr.). Frl. Hubertine Schäfer mit Hrn. Dr. med. Jean Stommel (Königswinter). Frl. Ada Schulz mit Hrn. Gerichtsassessor Rudolf Auth (Justushütte, Krs. Biedenkopf—Gladenbach). Frl. Anna Mewes mit Hrn. Fritz Kissel (Oldesloe—Hamburg).

Verehelichungen.

Hr. Dr. Curt Böninger mit Frl. Anna Bygen (Duisburg). Hr. Pfarrer Walter Klappenbach mit Frl. Gertrud Steyer (Clausnitz i. S.). Hr. Dr. Bruno Greve mit Frl. Auguste Schmidt (Altona). Hr. Hans Wittmann mit Frl. Marie Meyer (Roth, Bayern).

Geburten.

Hr. Restaurateur Karl Ewald (Berlin). Hr. Franz Trülofs (Berlin). Hr. Max Felsenthal (Aachen). Hr. Kaufmann Wilhelm Sommer (Seesen). Frau Emilie Sommermeyer geb. Schulze (Magdeburg).

Was ist modern in Möbeln? Auf diese brennende Frage erteilt eine Brochüre, die die Firma **Dittmars Möbelfabrik, Berlin, Molkenmarkt 6,** kostenfrei jedem Interessenten auf Wunsch zustellt, die beste Antwort. — Dieses Heft enthält ca. 40 der besten Entwürfe aus einem Wettbewerb, den der Berliner Kunstgewerbeverein auf Veranlassung der Firma Dittmar ausgeschrieben hatte. — „Einfache Damenzimmermöbel für das gebildete deutsche Publikum" lautete die Aufgabe. — Man verlange das Heft kostenfrei von Dittmar.

Frauen seid gewarnt!
Die ächten **Herkules-Spiralfeder-Corsets** tragen alle entsprechenden Stempel oder Etiquette. Alle anderen weise man, weil minderwertig, zurück *

Lysoform- Toilette-Seife
ist eine discret erstklassige Toiletteseife von mildester Beschaffenheit, parfümiert und wirkt gleichzeitig antiseptisch. Stück 50 Pf.

Aeolians Pianolas
Generalagentur der Choralion Co.
Frank W. Hessin
Berlin NW. 7, Unter den Linden 71.

Ueberall zu haben.
Sarg Kalodont
unentbehrliche Zahn-Crême
erhält die Zähne rein, weiss und gesund.

Cannes — Riviera.
Hôtel Gray und Albion.
Beste deutsche Kundschaft. H. Foltz u. Sohn. *

San Remo Grand Hôtel Bellevue.
Ersten Ranges bei mäss. Preisen, geschütztestе Lage, grösster Garten San Remos. Von Deutschen bevorzugt. Fioroni & Lippert. *

Berliner Hof * Königsberg i. Pr.
I. Ranges. Centrum a. d. Hauptpost, Centralheizung etc., vornehmes Familien-Restaurant, ruhige Zimmer. *

HOTEL WINDSOR Neues, modernes Haus. Elektrisches Licht Lift, Bad.
Wien, VI., Mariahilferstrasse 15. Mässige Preise. *

Grand Hôtel de Londres, Antwerpen.
2 Minuten vom Centralbahnhof. Vollständig renovirtes Hotel. Moderner Comfort. Elektrisches Licht. Lift. Centralheizung. *

Montreux am Genfersee (Schweiz)
Hôtel Splendid. 1. Ranges. — Eröffnung März 1904. Modernster Comfort.
Hotel Tonhalle. Renovirt und neu meublirt. Zimmer von Frs. 2.— an.
Gd. Restaurant Tonhalle. Rendez-vous sämmtl. Deutschen. Einz. Ausschank des Kgl. Hofbräus, München. *
Wilh. Seeger (deutscher Besitzer).

Locarno Hôtel Reber au Lac
Frühjahrs-Saison eröffnet.
Kranke werden nicht aufgenommen. *

Verantwortlich f. d. politischen Teil: Dr. jur. E. Grüttefien; f. Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt; f. d. Feuilleton: Fritz Engel; f. d. Handelsteil: J. Wiener; f. d. übrigen redaktionellen Teil: Karl Günther; f. d. Inserate: Rob. Franke. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse. Sämtlich in Berlin.

Selbsttätiger
Ein- und Ausschalter
für
electrisches Licht.

Ladeninhaber.

Sensationelle Neuheit!

Patente in allen Staaten.

Hausbesitzer.

Für
Bogenlampen.

„Selbstschalter“
ohne jegliche Bedienung.

Für
Glühlicht.

Dieser Apparat hat den Vorzug zu jeder beliebigen Zeit durch **vorheriges Stellen** auf **die Minute** das electrische Licht zum Selbstentzünden und Selbstausgehen zu bringen.

Unentbehrlich für jeden Geschäftsinhaber und Hausbesitzer.

Der Selbstschalter ist **ohne jede Aenderung** der vorhandenen Anlagen
an Schaufenster-, Laden- u. Treppenbeleuchtung anzubringen.

Man verlange Prospecte von „Selbstschalter“ G. m. b. H. — BERLIN SW. 48, Friedrichstr. 16. — Tel. IV, 9216.

Agenten an allen Plätzen Deutschlands gesucht.

Muster-Apparate sind auch bei Vereinigte Berliner und Erdmannsdorfer Fabr. Edmund Boehm u. Th. Haroske, Berlin C., Jerusalemerstrasse 21 zu besichtigen.

Ziehung 16. u. 17. Februar d. J.
Genehmigt für den Bereich der ganzen Monarchie.
250,000 Loose à 3 Mk., 11386 Geldgewinne

Geld-Lotterie
zur Freilegung des Kgl. Schlosses zu Königsberg in Preussen.
Zahlbar ohne Abzug.
Hauptgewinne Mark:
100000
20000
10000
5000
3000
2000
ferner 10 mal 1000
10000
20 mal 500
10000
50 mal 200
10000
100 mal 100
10000
200 mal 50
10000
500 mal 20
10000
2000 mal 10
30000
7500 mal 5
37500
LOOSE à 3 Mark
Porto u. Liste 30 Pfg. extra versendet der General-Debit
A. Molling, Hannover.

Wie ein Hypnotiseur ein Vermögen schaffte.

Die geheimen Methoden, mit welchen Dr. X. La Motte Sage, der gröfste wissenschaftliche Hypnotiseur unserer Zeit, ungeheure Sensation erregte.

Er ist davon überzeugt, daß Hypnotismus eine Wohltat für das Volk ist, und hat 40 000 Mark gestiftet, um ein hübsch illustriertes Buch, enthaltend seine Ideen und Ratschläge, wie man diese geheimnisvolle Macht erlangt und dieselbe im Geschäft, in der Gesellschaft und im Hause anwendet, gratis zu verteilen.

Solange der Vorrat dieser besonderen Ausgabe reicht, wird einem jeden, der sich hierfür interessiert, dieses bemerkenswerte Buch gratis zugesandt.

Dr. X. La Motte Sage hat sich durch den Hypnotismus ein Vermögen erworben. Es ist anzunehmen, daß er über dieses Thema mehr Kenntnis besitzt, als irgend ein anderer. Seine Methoden sind von den bisher bekannten vollständig verschieden. Durch sein neues System hypnotisiert er die Menschen augenblicklich. Er sagt Ihnen, wie Sie ohne irgend eine Geberde und ohne ein einziges Wort einen nachhaltigen leisen Einfluß ausüben können. Er beschreibt die einzig richtige, praktische Methode zur Entwicklung der Kraft des persönlichen Magnetismus, die je veröffentlicht wurde. Während der ganzen Zeit, in der Dr. Sage mit Schülern experimentierte, legte er besonderen Wert darauf, die Einwirkung des Hypnotismus auf den menschlichen Geist sorgfältig zu beobachten. Er gewann bald die Überzeugung, daß diese mächtige, geheimnisvolle Macht zum Vorteil ehrgeiziger Männer und Frauen, die ihre Lebensstellungen zu verbessern wünschten, benutzt werden könnte. Um die Richtigkeit seiner Ideen zu beweisen, gründete er, nachdem er sich in das Privatleben zurückgezogen hatte, eine Schule, in welcher Hypnotismus, persönlicher Magnetismus, magnetische Heilkraft ꝛc. nach den bestimmten Gesetzen, die er aufgestellt hatte, gelehrt wurde. Das Resultat war, daß die Schule die größte ihrer Art in der ganzen Welt wurde. Tausende vom Erfolg begünstigte Schüler in allen Teilen der Welt sind lebende Zeugen dieser wunderbaren Macht und der großen praktischen Vorteile, die sie der Methode des Dr. Sage verdanken. Derselbe hat kürzlich ein Buch geschrieben, betitelt „Die Philosophie des persönlichen Einflusses“, in welchem er in verständlicher, einfacher Form genau erklärt, wie man die hypnotische Kraft und die verschiedenen Anwendungen derselben erlernt. Unter den vielen interessanten Abschnitten, die das Buch enthält, sind folgende besonders bemerkenswert: Wie entwickelt man die magnetische Kraft und wie wirkt man auf Menschen ohne deren Wissen ein; wie rottet man schlechte Gewohnheiten aus und wie heilt man hartnäckige chronische Leiden, wenn Arzt und alles andere in dieser Beziehung versagen; wie bringt man jemand einen Befehl bei, den er in allen Einzelheiten, selbst wenn der Hypnotiseur nicht zugegen ist, einen Monat oder sogar ein Jahr später, ausführen wird; wie kann man Leute aus der Entfernung hypnotisieren; sein Wert bei geschäftlichen Unternehmungen; wunderbare wissenschaftliche Versuche, wie man sich gegen Einwirkungen anderer sichert; hypnotische Kraft mehr bezaubernd als Schönheit; die Anwendung des Hypnotismus bei der Entwicklung geistiger Fähigkeiten, bei der Kindererziehung, sowie bei häuslichen Sorgen ꝛc.

Die Schule, welche Dr. Sage gegründet hat, verteilt die obengenannten Bücher im Werte von 40 000 Mark vollständig kostenlos, solange der Vorrat dieser Spezial-Ausgabe reicht. Jedermann, der es ernstlich wünscht, kann, wenn er darum schreibt, ein Exemplar erhalten. Das Buch ist mit schönen Abbildungen in Halbton reich illustriert. Es zeigt Ihnen, wie die wunderbare Kraft des Hypnotismus gebraucht wurde, um auf andere Menschen ohne deren Wissen einen geheimen, mystischen Einfluß auszuüben, und wie dieselben dem Willen eines anderen nach Monaten, in einigen Fällen sogar nach Jahren gehorchten. Es verrät Ihnen das Geheimnis der Geldvermehrungsleidenschaft, wie sich Senator Chauncey M. Depew stets ausdrückte. Denken Sie nicht, daß Sie Ihre Lebensstellung nicht verbessern können, weil Ihnen gute Erziehung mangelt, oder weil Sie für ein geringes Gehalt arbeiten. Denken Sie nicht, daß Sie nicht noch größere Erfolge erzielen können, selbst wenn Sie auch jetzt schon im Leben erfolgreich sind. Dr. Sages Buch wird viel gelesen, und seinen Methoden huldigen heute viele der reichsten Menschen der Welt. Diese kennen den Wert des persönlichen Einflusses, der hypnotischen Kraft. Wenn Sie dafür Interesse haben, schreiben Sie heute eine 10 Pfennig-Postkarte an das New York Institute of Science, Abt. D. 702, Rochester, New York, und Dr. Sages Buch wird Ihnen postwendend vollständig kostenlos zugesandt. Es bietet sich Ihnen eine seltene Gelegenheit, den Gebrauch und die Anwendungen der wunderbarsten, merkwürdigsten und geheimnisvollsten Macht, von der man je erfahren hat, kennen zu lernen. Das Buch wird von den bedeutendsten Geschäftsleuten, Predigern, Juristen und Doktoren enthusiastisch anerkannt und sollte in keiner Familie fehlen. Es sollte von jedem Deutschen, Mann und Frau, die ihre Lebensstellung zu verbessern und größere finanzielle Erfolge zu erzielen wünschen, die Freunde gewinnen wollen und die die Freude und das wahre Glück des Lebens, die Ihnen der Schöpfer zugedacht hat, genießen wollen, studiert werden.

Verkauf der vortrefflichen
Haustelephone
aus der Fabrik der Fonos G. m. b. H.
Klingeleinrichtungen
sowie Lager aller
elektrotechn. Artikel
Elemente, Contakte, Glühlampen etc.
Alb. Friedländer & Co.
Leipzigerstr. 108, I. Etage. *

Dampfmaschinen, Dampfkessel, Locomobilen,
Gas- u. Elektromotore, Dynamomaschinen, Werkzeugmaschinen, als: Drehbänke, Hobel-, Bohr-, Shaping-, Fräs- u. Stossmaschinen, Lochmaschinen, Scheeren, Stanzen, Bassins, sämmtliche Schlosser- und Schmiedewerkzeuge, gebraucht und neu, offerirt zu billigen Preisen
A. Magnus, Berlin C. 25, a. d. Stadtbahn Bogen 136 137. *

Colibri-Verwandlungs-Tasche aus schwarzem Ledertuch mit Metallbügel, vernickelten Beschlägen und lederüberzogenem Henkel. Diese Verwandlungstasche ersetzt sechs verschiedene Taschen; sie kann für jeweiligen Bedarf von einem zierlichen Handtäschchen, siehe Fig. 1, (25 cm breit, 16 cm tief), bis zu einer Noten-, Markt- oder Reisetasche von 46 cm Breite und 48 cm Tiefe, siehe Fig. 6, verwandelt werden. Der neue Colibri-Bügel gestattet die vollständige Oeffnung des Taschenkörpers und verleiht der Taschenöffnung eine erhöhte Beweglichkeit, sodass grössere Gegenstände bequem in die Tasche eingeführt und darin transportiert werden können. Preis einer Tasche (in 6 Grössen verwandelbar) nur 3,15 M., oder in schwerem, dunkelkariert. Stoff 3,85 M. Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages. Porto extra.
MARTIN EIFERT, Neuheiten-Versand, Berlin W., Uhlandstr. 25.

Soweit Vorrat reicht zum
Inventur-Ausnahmepreis!
Reichgestickte
abgepasste **Portièren**
Die complete **Decoration**
(besteh. aus 2 Flügel u. 1 Querbehang)
in **Plüsch** . . . . . . 9.35 (Wert 16.00)
in schwer. **Wollserge** 6.25 (Wert 10.50)
in **Victoriatuch** . . 8.25 (Wert 13.50)
Eine Partie Wollportièren mit allerliebster Blumenkante pr. Chal 2 Mark.
Teppich-Special-Haus
Emil Lefèvre
Berlin S., **Oranienstr. 158.**
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraliste u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franco.

✚ Korpulenz ✚
Fettleibigkeit
wird beseitigt durch die **Tonnola-Zehrkur.** Kein starker Leib, keine starken Hüften mehr, sondern **jugendlich schlanke, elegante Figur** und graziöse Taille. **Kein Heilmittel, kein Geheimmittel,** sondern naturgemäße Hilfe. Garant. unschädlich für die Gesundheit. Keine Diät, keine Aenderung der Lebensweise. Vorzügl. Wirkung. Packet 2,50 M. franko gegen Postanweis. oder Nachn.
D. Franz Steiner & Co. 8
Berlin 17, Königgrätzer Straße 78

29 Gardinenhaus Bernhard Schwartz Wallstr. 29 Flur-Eing.

Koenigsberger Geld-Lotterie
Ziehung schon 16. u. 17. Februar.
11,386 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar, im Betrage von Mark
267 500
Hauptgewinn:
100000 M.
Lose à 3 M. (Porto u. Liste 30 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgeschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 181.

Ein kleiner Posten
Schreibmaschinen
mit sichtbarer Schrift u. Metalltypen soll en bloc od. stückweise im Ausverkaufspreise mit 25 M. per Stück verkauft werden (Originalpreis 75 M.). Prospekte durch das
Deutsch-Amerikanische Schreib-Maschinen-Versandhaus, Hamburg 19.

Eine segensreiche Erfindung
ist
Billeit's Berolina-Leibbinde
für das Wohl der ganzen Frauenwelt. Diese Leibbinde ist ein Bekleidungsstück für jede Dame, jung oder alt! Jedes Stück sitzt vorzüglich, Anprobe nicht nöthig.

7,50—12 Mk. pr. Stück, je nach Grösse.
Die **Berolina-Leibbinde** beseitigt den starken Leib und starke Hüften. Für Nabel-, Bauch- u. Leistenbruch, für Nieren- u. Magenleidende unentbehrlich. — Senkung, Hängeleib und Rückenschmerzen verlieren sich vollständig, dafür volle Garantie.
Hierzu die passenden
Berolina-Korsette.
Die Erfinder u. alleinigen Fabrikanten
Emil Billeit & Co., *
Berlin SW., Kommandantenstr. 86 I.
Versand p. Nachn. Umtausch gestatt.

Das internationale
Gummiwaaren-Versandhaus von **G. Band,**
Berlin SW. 50, Hagelsbergerstr. 19
empfiehlt seine Waren.
Anfragen erbeten. †

Verlag v. Max Richter, Berlin SO. 36.
Soeben erschien. II. Aufl. Prs 1 Mk. (auch d. alle Buchhlg. zu beziehen.)
Die Harnleiden,
ihre Verhütung, Behandlung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
Berlin, Königgrätzerstr. 27.
Homöop. Arzt, spec. für Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Damen disting. Kreise können sich vertrauensv. a. Fr. O. Regler, Kommandantenstr. 25, wenden, früh. Geburtsh., Berlin und Wiesbaden. *

Hilfe i. Frauenleid. Frau **Eilfeldt,** Berlin, Kurfürstenst. 86, v. 1 Tr.

Frauenleiden gewissenh. Hilfe
Fr. Schulz, Linienstr. 49 (Schönh. Tor).

Damen beff. Std. diskr. Auf., Bäder. Heb. **Prilipp,** Berlin, Alte Jakobstr. 19.

Diskr. Aufn. Heb. Wallis, Brunnenst. 55.

Hebamme Striegel, jetzt Neanderst. 37. *

Hülfe in Frauenleiden. Frau **Krüger, Berlin,** Albrechtstr. 23, I. l.

Bettnässen Sofortige Befreiung garantiert. Prospect, Zeugnisse ꝛc. frei durch **Herm. Marburg, Frankfurt a. M.,** Allerheiligenstr. 76. *

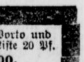
Damen beff. St. find. frdl. Aufn. bei verh. Arzt Mitteldtschl. Str. Diskr. Kein Heimber.! Off. erb. u. **J. U. 8505** Exp. d. Bl., **Berlin SW.** §

Total-Ausverkauf.
Das von dem **Hoflieferanten Max Basch, Markgrafenstr. 35a,** käuflich übernommene Warenlager, bestehend in **Sammet, Seide, speciell für Blousen, Spitzen, seidene Bänder, Chiffon, Brocate, elegante Jabots u. Schleifenconfection** aus nur erstklassigen französischen Fabrikaten wird von mir schleunigst zur Hälfte des früheren Preises ausverkauft. Geschäftszeit von 8—1 und 3—8 Uhr.
Louis Selo,
35a Markgrafenstraße 35a, an der Leipzigerstraße.

Comtoir-Einrichtungen

in grosser Auswahl und stets vorrätig in Kiefern- und Eichenholz, als: Doppelpulte, Schreibtische, Zahltische, Copir- u. Packtische, Acten-, Formular- und Bücherschränke, Acten- u. Bücherregale, Acten- u. Kleiderständer, Sessel, Stühle, Waschtoiletten, Geldschränke, Copirpressen usw.
Amerikan. Flach- und Rolljalousiepulte
empfiehlt und ist Ansicht ohne Kaufzwang stets gestattet.
Aug. Reimann, Berlin SW., Feilnerstrasse 5, bei der Jerusalemerkirche. *

Halte stets eine große Auswahl von Belgischen, Dänischen, Holsteiner Arbeits- und Wagenpferden zum Verkauf.
Oscar Jacoby,
Greifswalderstr. 9. Amt VII, 995. *
Früher Pallisadenstr. 23.



Königsberger Geld-Lose à Mk. 3, Porto und Liste 20 Pf.
Haupttreffer M. 100 000, 20 000, 10 000.
Ziehung **16. bis 17. Febr.,** vers. d. Lotterieb. **Oppenheimer-Kaufmann, Frankfurt a. M.,** Gr. Bockenheimerstraße 6 *